

Bezugspreise:  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 Mark, durch die Post 22.50 Mark.  
usw. d. L. Aufstellungsgeld. Der  
Festlegung werden von allen Reichs-  
poststellen eingezogen. Im  
einzelnen, Zeitungsverzeichnis unter  
einer Zeitung eingetragen. Für  
unregelmäßig eingehende Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe. Halle, Zeitung ge-  
gründet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133  
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133;

Abend-Ausgabe.

# Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenspreises:

Die 8 gefaltene 34 mm breite Milli-  
meter stelle 9 der deren Raum 60 Pf.,  
3 mm langem 12 Pf., 10 Pf. Raum  
die 92 mm breite 11 Millimeter stelle  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an. Für die  
Anzeigenspreises. Erfüllungsort  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Feiertagen 1 mal.  
Schriftleitung und Anzeigens-  
geschäftsstelle: Halle, Neue Prom-  
nade 1a, Dr. Orbanowitz. 17.  
Haben Geschäftsstellen: Große  
Mühlstraße 31 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 566.

Halle, Freitag, den 3. Dezember 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

## Hilfsaktion für die Beamten.

Reichsfinanzminister Wirth über die Zwangsanleihe / Lloyd George kommt zur Vernunft / Eine reinsozialistische Regierung in Sachsen / d'Annunzio's Größenwahn.

### Beamtenstreik.

Aus unserem Leserkreis erhalten wir folgende Zuschrift:  
Die Gerichte von einem bevorstehenden Generalstreik  
der öffentlichen Beamten wollen nicht zur Ruhe kommen und  
bei der ungeheuren Bedeutung eines solchen Streiks für die  
Volkswirtschaft ist es wohl zu begreifen, daß diese Frage  
gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses steht und das  
für und wider von den zunächst Beteiligten in leidenschaft-  
licher Weise erörtert wird. Es ist ohne Weiteres zugun-  
den, daß in einem geordneten Staate, wenn an dessen Spitze eine  
starke Regierung steht, stark in dem Sinne, daß sie den  
Willen und die Macht hat, nach beiden Seiten, nach rechts  
und links mit gleicher Rücksichtslosigkeit durchzugreifen, daß  
in einem solchen Staate, wenn für das Streikrecht der Be-  
amten kein Raum ist; denn der Beamte soll eine besondere  
Vertrauensstellung im Staate einnehmen. Auf ihn muß der  
Staat sich stützen können, wenn alles drunter und drüber  
geht. Diese Auffassung war auch bis in die allerjüngste Zeit  
herrschend in den Kreisen der Beamenschaft. Wenn es nun  
anders geworden ist, wenn der Gedanke des Streiks aus  
moralischen Gründen in eben diesen Kreisen von Tag zu  
Tag mehr an Boden gewinnt, so müssen diese Dinge Ver-  
ständnis zugrunde liegen, die eben jetzt er sind als alle recht-  
lichen und moralischen Hemmnisse. Und so ist es tatsächlich.  
Die Beamten — und nicht etwa nur die unteren und mit-  
telsten — soweit sie sich keine Hände gewaschen haben in diesen  
Zeiten eines mit tagelangen moralischen Nihilismus, be-  
finden sich in einer so lurchbaren wirtschaftlichen Notlage,  
daß für sie der Streik keine Notfrage mehr ist, sondern  
einfach ein Akt verzweifelter Notwehr. Man  
versteht nicht, daß die besten Elemente der Beamenschaft  
sind, die die aus der Not geborene Verletzung eines formalen  
Rechtes als das kleinere Übel ansehen, gegenüber der  
drückenden Gefahr des rettungslosen Versinkens im Sumpfe  
der Amoralität.

Wenn nun eingewendet wird, daß eine Erhöhung des  
Einkommens nicht gleichbedeutend sei einer Verbesserung  
der Lebenshaltung, daß dieser vielmehr nur erreichbar sei  
durch gesteigerte und dadurch vermehrte Warenerzeugung,  
wobei es nach meiner Ansicht weniger auf die Verlängerung  
der Arbeitszeit als vielmehr auf eine Erhöhung der Arbeits-  
intensität ankommt, so sind das Wissensthemen, die  
keinen etwas Neues sagen. Wir will aber wissen, daß  
man diese Wirkung an die falsche Adresse richtet. Wenn es  
einen Kernzustand gibt, der im Kriege seine ganze Kraft  
verloren und in ungenügender Weise im Dienste der Allge-  
meinheit aufgegeben hat, so war es der deutsche Beamte in  
Reich, Staat und Gemeinde und in besonderem Maße die  
Beamten der großen Verkehreinstitute. Was im Betriebs-  
dienste der Eisenbahnenverwaltungen in den Kriegsjahren  
1916/17 unter den denkbar schlechtesten Ernährungsverhält-  
nissen für Leistungen vollbracht wurden, das wird eine spätere  
Zeit, die den nötigen Abstand von den eben hinter uns lie-  
genden Geschehnissen gewonnen hat, besser zu würdigen  
wissen. Wohl haben auch andere Erwerbsklassen, wie gern  
anerkannt werden soll, ihre ganze Kraft eingesetzt und Tüch-  
tiges geleistet — man denke nur an die Landwirtschaft, aber  
sie haben auch — und das ist des Pudels Kern — die Früchte  
ihrer Arbeit in reichem, man kann wohl sagen überreichem  
Maße geerntet. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die  
Landwirte, große wie kleine, die sechs hinter uns liegenden  
Jahre, die drei besten Volksschichten und vor allem den  
Selbstbedienten in wirtschaftlicher Beziehung unheilbare  
Wunden schlugen, geradezu glänzend überleben haben.  
Für diese und noch einige andere Kreise war der Krieg  
wirklich ein Stahlbad.

Ein allgemeiner Beamtenstreik könnte sehr leicht den  
Anlaß zu weiteren unerwünschten Ereignissen bilden, die  
nicht nur für unser Wirtschaftsleben, sondern auch für den  
Zustand des Deutschen Reiches die verhängnisvollsten  
Folgen zeitigen würden. Folgen, die nur den Kapitalklassen  
beider Lager Befriedigung brächten. Darum ist es Sache  
der verantwortlichen Männer in Regierung und Volkswir-  
tung, durch sofortige verständige und vor allem groß-  
zügige Maßnahmen ein weiteres Hinsinken der Beamten-  
schaft in wirtschaftlicher und moralischer Beziehung zu ver-  
hindern.

Die Gewährung ausweidender finanzieller Hilfe allein  
ist freilich nicht, so dringend nötig sie auch ist. Eine  
wirkliche Senkung der Preise für die lebensnotwen-  
digen Dinge muß unmittelbar folgen. Und die ist mög-  
lich, wenn auch die anderen Erwerbsklassen einsehen, daß in  
der letzten Not, in der sich unser Volk heute befindet,

niemand ein Recht hat auf „Rentabilität“ seines Betriebes;  
sondern daß heute jeder Deutsche, der auf diesen Namen An-  
spruch erhebt, die unabweisliche Pflicht hat, lediglich für die  
Zustellung des nächsten Lebens seine ganze Arbeitskraft einzu-  
setzen, wie man es beim Beamten für selbstverständlich hält.  
Nur so können die drohenden existenziellen Gefahren abge-  
gelenkt, durch alle anderen Mittel aber bestenfalls aufge-  
schoben werden.

### Die Hilfsaktion für die Beamten.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:  
Den dringlichen Vorstellungen der Beamtenvertreter im  
Reichstage folgend, hat die Regierung gestern dem Reichstage  
einen Gesetzentwurf über eine weitere vorläufige Regelung  
des Teuerungszulages für 1920 vorgelegt, nach welchem der  
Teuerungszulag für den Einkommensteuereinkommen vom  
1. Oktober 1920 ab für die Klasse A auf 125 v. H.,  
für die Klasse B auf 100 v. H., und der Klasse C auf 75 v. H.  
festgelegt wird. In der Begründung wird gesagt, daß es  
eine allgemeine Erhöhung des Teuerungszulages, der bei  
nur 10 Prozent jährlich 564 Millionen Mark betragen würde,  
angeht, der leistungserregenden Entwicklung der Finanz-  
lage des Reiches nicht herangezogen werden könne. Die  
Teuerungszulage für den Kinderzuschlag veranlassen eine  
Mehrausgabe von 488 Millionen Mark. Noch am gleichen  
Tage fand unter dem Vorsitz Dr. Petersens eine Be-  
sprechung von Sachverständigen und Führern der Regierungs-  
parteien mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes  
statt, woran auch die Abgeordneten Dehrens und Schudt  
teilnahmen. Von den Vertretern des Deutschen Beamten-  
bundes wurde verlangt, daß die vorläufige Hilfsmassnahme,  
so früher auch die Finanzlage des Reiches auch gewichtig  
werde, den dringlichen Forderungen nicht Rechnung  
trage. Neben der Erhöhung der Kinderzuschläge, die auch  
auf die Klassen B und C ausgedehnt werden müßten,  
wäre eine Erhöhung des Teuerungszulages unabweisbar.  
Eine kleine Kommission aus Abgeordneten der Regierungs-  
parteien soll verfahren, die Vorschläge der Regierung zu ver-  
bessern. Unbedingt muß den Beamten die Hilfe noch vor  
Weihnachten werden.

### Das Beamtenbesoldungsgesetz.

Der Besoldungsunterschuß im Reichstage beendete  
gestern nach 18 Sitzungen die zweite Lesung des Beamten-  
besoldungsgesetzes. Der Ausschuss ist, soweit er möglich,  
den Wünschen der Beamten entgegen gekommen. Wenn  
Rechnung gestellt zu werden, besteht die letzte Finanzlage  
des Reiches. Auch jetzt noch hat die Regierung eine Anzahl  
Vorschläge des Ausschusses ein „unannehmbar“ entgegen-  
gesetzt. So die Besoldungsordnung in einem durch gebildeten  
Unterschuß gehen muß, so ist zu erwarten und zu hoffen,  
daß auch eine Einigung über die noch streitigen Punkte zu-  
stande kommt.

### Der Entwurf eines Feldessteuergesetzes.

Die „Dona“ erzählt von zukünftiger Seite: In zahl-  
reichen deutschen und außerdeutschen Staaten wird von  
den verlebten Bergwerkseinkommen eine nach deren Aus-  
dehnung bemessene Grundbesitzsteuer oder Feldsteuer er-  
hoben. Eine erhebliche finanzielle Bedeutung kann diese  
Art der Besteuerung aus nachliegenden Gründen nicht er-  
langen. Zunächst ist sie ein geeignetes Mittel, um gewissen  
Mißständen, die im Bergbau vorliegen, entgegenzutreten.  
Von diesem Gesichtspunkte aus ist der Gedanke der Feld-  
steuer neuerdings im preussischen Handelsministerium  
wieder aufgenommen und ein Vorstudium zu einem Feld-  
steuergesetz angestellt worden. Die Einführung der Feld-  
steuer soll einmal die Beilegung der zahlreichen Bergbau-  
berechtigen bewirken, die kleinerzeitlich auf verlebte  
Mineralien verfallen worden sind, sich aber als wertlos  
herausgestellt haben und nunmehr lediglich eine Last für die  
Grundbesitzer, die Grundbesitzer und die Bergbau-  
betriebe bilden. Diese Bergbauberechtigungen werden, wenn die  
Nichtzahlung der Feldsteuer innerhalb eines gewissen Zeit-  
raumes zum Verluste des Bergwerkseinkommens führt, leicht  
aufzuheben. Von großem Interesse ist auch die Tatsache,  
daß die Feldsteuer als Grundlage der Bergbausteuer erlangen  
die Betriebskosten und Betriebskosten solcher Bergwerke  
herbeizuführen, deren Betrieb im öffentlichen Interesse liegt.  
Wenn in solchen Fällen die Bergwerke die Bergsteuer er-  
hält, die Feldsteuer auf ein Maßfaktes zu erhöhen, so wird  
dies einen sehr wirksamen Druck auf widerstehende Väter  
sitzliegender Bergwerke haben ausüben, daß diese Bergwerke  
in Betrieb genommen oder einem zum Betriebe bereit  
Gewerber überlassen werden. Die Bergwerke werden  
also im Rahmen der Feldsteuererhebung einen Betriebszwang  
ausüben können, der vorausichtlich besser zum Ziel führen  
wird, als die Anwendung des bergrechtlich im Verfahren zur  
Entziehung des Bergwerkseinkommens, eine Verhaftung, das  
sich in der Praxis als weitläufig und unbrauchbar er-  
weisen hat.

### Wirth über die Zwangsanleihe.

Im Steuerauschuß des Reichstages erklärte der Reichs-  
minister Wirth unter anderem: Einer Verbindung zwischen  
dem Reichsanleiher und einer Zwangsanleihe habe ich nicht ab-  
sehen zu können. Sie ist mir lieber als die beschleunigte Er-  
hebung des Reichsanleiher aus. Allerdings unter der Voraussetzung,  
daß die Zwangsanleihe in Höhe von 100 bis 150 Millionen  
Mark ausbleibt, als er aus der Einhebung des  
Reichsanleiher im wesentlichen Umfang darf aber dabei nicht  
erlösen. Es ist natürlich, als Minister Dr. Schulerzberger, die In-  
flation ist im Fortdauern und es auf neuer Seiten ist es  
andauernd, daß es unbedingt nötig ist, daß dieser Anleiher  
eingesetzelt.

### Eine reinsozialistische Regierung in Sachsen

Wie der „Vormärks“ aus Dresden meldet, haben die  
Sozialdemokraten und Unabhängigen in Sachsen, die von  
der Unabhängigen Partei vorliegenden sich ihnen als  
geeignete Grundlage für die Bildung einer rein sozialisti-  
schen Regierung anerkennen. Die einseitige Entscheidung  
wird in Verhandlungen am Sonntag und Montag gefaßt  
werden.

### Die Völkerverbundstaugung.

Der Name Deutschland tauchte am Donnerstag  
wieder in den amtlichen Schriftstücken des Völkerverbundes auf,  
und zwar erstmalig herweise in sehr vorläufiger Beziehung.  
In der Liste der Staaten, die zur Bekämpfung des Typhus  
im Völkerverbund haben, steht Deutschland mit einem  
Wortlaut, die, wie der Bericht aus dem Völkerver-  
bund Papstmarkt sind. Den größten Beitrag von allen Staaten  
stiftere Kanada mit 200 000 Pfund Sterling, Frankreich  
und England geben je 50 000 Pfund.

Im Plenum wurde von der Kommission zur  
geordneten Abänderungsvorschläge der Ständin-  
haber zur Völkerverbundstaugung besprochen, was zu einer sehr  
langen, zum Schluß sogar etwas bedenklichen Aus-  
sprache führte. Einen Augenblick der Spannung gab es, als der  
schweizerische Bundespräsident Motta die Tribüne betrat,  
um die Haltung der Schweiz zu diesen Gegenständen zu er-  
klären. In der Kommission hat die Schweiz nun gegen die  
landwirtschaftlichen Abänderungsvorschläge gestimmt, was  
namentlich in den deutschsprachigen Kantonen Enttäumen  
erweckt hat und nicht verstanden worden ist. Im tiefen  
Mißverständnis zu stehen, gab Herr Motta seine Er-  
klärung ab. Er versicherte, daß die Schweiz die landwirt-  
schaftlichen Anregungen mit großer Sympathie verfolge, und daß  
von einer direkten Zurückweisung nicht gesprochen werden  
könne, da ähnliche Anträge gleichzeitig anderen Kom-  
missionen vorliegen und vermutlich noch in dieser Saison er-  
ledigt werden würden. Der Grund, daß Entschiedenheit  
des internationalen Gerichtshofes oblag,  
zu rufen sein müßten, würde auch von der Schweiz aus ent-  
scheidend zu achten, der „Fall des Völkerverbundes“, so sagte  
Herr Motta vor der launischen Versammlung. Mit  
dem Frieden von Versailles verbunden. Ich würde  
nicht an dem Thema der Revision des Vertrages von Ver-  
sailles nicht mit einem Wort, aber ich glaube, daß die  
Bande, die den Vertrag und den Völkerverbund verbinden,  
äußerer Art sind, und daß beide miteinander verknüpft  
sind. Das ist schon daraus zu erkennen, daß der Fall des  
Völkerverbundes seinerseits selbst nach seinen eigenen Tat-  
sachen abgeändert werden kann, wenn es nötig ist.

Jedermann im Saale hatte verstanden. Die Schweiz  
hatte durch ihren Präsidenten erklären lassen, daß ihr Bei-  
tritt zum Völkerverbund nicht mit dem Vertrag von Versailles  
zu tun habe. Verstanden hatte besonders Kappeler's, der  
sogar zur Tribüne eilte und Motta unter vielen Lebens-  
wichtigen Belangen, gar so verstanden seien der Frieden-  
vertrag und der Völkerverbund nun doch nicht, was man schon  
daraus erkennen könne, daß der Völkerverbund in das Ver-  
tragsdokument eingeschlossen sei, was nicht als eine reine  
Formalität gebietet werden dürfte. Der Vorschlag Bal-  
four's, die Abänderungsvorschläge des Völkerverbundes  
zu übernehmen, wurde schließlich zur Abstimmung ge-  
bracht, und da stellte es sich heraus, daß eine Stimme, die  
Argentinien's, dagegen war. Es gab einige Verwirrung,  
besonders da der Vorsitzende Hmann erklärte, daß zur An-  
nahme eines Antrags Einstimmigkeit erforderlich sei. Wie  
gewöhnlich wurde durch Motta die Lage gerettet, der seine  
Kollegen besuchte, daß es sich hier um eine Anwesenheit  
des Völkerverbundes handelte und deshalb Anwesenheit  
ausreichte. Fallsour's Vorschlagsvorschlag war damit an-  
genommen.

### d'Annunzio will das Tessiner Volk befreien!

Nach einer Meldung der schweizerischen Depeschen-  
agentur richtete d'Annunzio von Trieste an das Tessiner  
Volk eine Kundgebung, worin er ihm die Befreiung  
von der ungelieblichen Schicksalung durch die  
Schweiz und den Anschluß an Italien in nahe Aussicht

